



### Pressemitteilung 143 / 2015

# Evangelische Kirche verabschiedet 21-Millionen-Euro Hilfspaket für Flüchtlinge

## Kirchenpräsident Jung fordert Zuwanderungsgesetz

Frankfurt a.M., 27. November 2015. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) wird in den kommenden Jahren rund 21 Millionen Euro in die Arbeit mit Flüchtlingen investieren. Die in Frankfurt am Main tagende Kirchensynode verabschiedete dazu am Freitag ein umfassendes Hilfspaket. Es sieht unter anderem eine Aufstockung der professionellen Flüchtlingsberatung und mehr Stellen für die Koordination des ehrenamtlichen Engagements in den Kirchengemeinden sowie verstärkte Integrationsmaßnahmen in den knapp 600 evangelischen Kindertagesstätten vor. Außerdem soll mehr Geld für den Ausbau von Unterkunftsmöglichkeiten, die Bildungsarbeit und für regionale Projekte wie beispielsweise Sprachkurse zur Verfügung gestellt werden. Ziel der Maßnahmen, die sich teilweise bis ins Jahr 2025 erstrecken, ist es, langfristige Unterstützung zu ermöglichen. Die zusätzlichen Mittel kommen aus Überschüssen, die in den vergangenen Jahren erwirtschaftet wurden.

#### **Kirchenpräsident Jung: „Wir brauchen unbedingt ein Einwanderungsgesetz“**

In der Debatte über das 21-Millionen-Euro Hilfspaket sprach sich der hessen-nassauische Kirchenpräsident Dr. Volker Jung gegen Obergrenzen bei der „humanitären Flüchtlingsaufnahme“ aus. Derzeit sei es wichtig „die ankommenden Flüchtlinge möglichst schnell zu registrieren und gut unterzubringen“, sagte er. Die Erstaufnahmeeinrichtungen müssten durch schnelle Anerkennung von Menschen, bei denen die Schutzbedürftigkeit klar ist, entlastet werden. Dazu zählten etwa die syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge. Es gehe nicht darum, „Grenzen abzuschotten, sondern um eine geregelte Aufnahme“. Zugleich muss seiner Ansicht nach Migration in Deutschland „dringend geregelt werden“. Jung: „Wir brauchen unbedingt ein Einwanderungsgesetz, das mit einem Zuwanderungskonzept verknüpft ist“. Er monierte, dass in diesem Bereich „konzeptionelle Arbeit seit Jahren versäumt wurde“. Zugleich setzte er sich gegen den zuletzt aus der Politik geäußerten Vorwurf zur Wehr, die Kirchen engagierten sich nicht genügend in der Flüchtlingshilfe. So unterstütze die EKHN seit Jahren mit eigenen Personalstellen die Beratung von Flüchtlingen in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen in Hessen und Rheinland-Pfalz. Außerdem seien bereits Tagungshäuser in Flüchtlingsunterkünften umgewandelt worden und die ehrenamtliche Hilfe in mehr als 100 Projekten unterstützt worden. Der Kirchenpräsident versprach: „Wir werden uns mit den beschlossenen Finanzmitteln mittel- und langfristig weiter in der Flüchtlingsarbeit engagieren.“

#### **Präses Oelschläger: „Flüchtlingshilfe ist dauerhafte Aufgabe“**

Der Präses der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Dr. Ulrich Oelschläger, würdigte die Entscheidung als wichtigen Beschluss, der die Hilfe für Flüchtlinge aus der bisherigen „kurzfristigen Finanzierung herausführt und zu einer dauerhaften Aufgabe“ mache. „Die evangelische Kirche will damit einen Beitrag zur Willkommens- und Aufnahmekultur in Deutschland leisten“, sagte Oelschläger. Seiner Ansicht nach gehört es „zu den elementaren Aufgaben der Christenheit und der Kirchen für Verfolgte und gefährdete Menschen einzutreten“. Die Wurzeln dafür fänden sich sowohl im Alten wie im Neuen Testament der Bibel. So spiegele sich „der Auftrag Gottes, den Fremden aufzunehmen“ auch in der Verkündigung Jesu“. Es sei eines der „Werke der Barmherzigkeit“.

#### **Umfassendes Hilfspaket von professioneller Beratung bis Vernetzung Ehrenamtlicher**

Im Einzelnen besteht das Hilfspaket aus fünf Bausteinen. Zunächst soll über einen Zeitraum von zehn Jahren die professionelle Flüchtlingsberatung beispielsweise durch Asylverfahrensberater für rund 5,6 Millionen Euro ausgebaut werden. Für die bessere Vernetzung der Arbeit und die Qualifizierung von Haupt- und Ehrenamtlichen stehen bis zum Jahr 2025 über 1,6 Millionen Euro zur Verfügung. Rund 2,1 Millionen Euro sind für einen Flüchtlingsfonds vorgesehen, der die Arbeit in den Kirchengemeinden und Dekanaten, beispielsweise den Aufbau von Sprachkursen, unterstützen soll. In ein besonderes Integrationsprojekt für die rund 600 Kindertagesstätten



---

der hessen-nassauischen Kirche mit einer Laufzeit von fünf Jahren sollen fast 5,3 Millionen Euro fließen. Damit sollen unter anderem Erzieherinnen und Erzieher besser darauf vorbereitet werden, mit Migrations- und Fluchterfahrungen der Kinder umzugehen.

**Unterbringung: Kirchliche Gebäude umrüsten und Bildung ermöglichen**

Schließlich wurden die Vorschläge noch um einen weiteren Posten mit fünf Millionen Euro ergänzt. Damit soll der Kirchenleitung ein flexibles Reagieren auf aktuelle Herausforderungen in der Flüchtlingsarbeit ermöglicht werden. Dies zielt beispielsweise auf die Möglichkeit, kirchliche Gebäude zügig für die Unterbringung von Flüchtlingen umzurüsten oder auch Angebote an den kirchlichen Schulen und Hochschulen zu entwickeln, um etwa unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen.

**Hintergrund Flüchtlingsarbeit**

Bereits in den vergangenen beiden Jahren stockte die EKHN die eigene Flüchtlingsarbeit um insgesamt zwei Millionen Euro auf und förderte damit vor allem die Flüchtlingsarbeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Projekte in Kirchengemeinden. Aktuell bietet die EKHN in 20 Gebäuden Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge an, darunter jeweils rund 50 Plätze im früheren Bettenhaus des Religionspädagogischen Studienzentrums in Kronberg-Schönberg sowie im ehemaligen Jugendfreizeitheim in Ulrichstein. Weitere zehn Gebäude werden derzeit konkret geprüft.

Der neue vorgeschlagene Maßnahmenkatalog steht in zwei Dokumenten als Entwurf zum Download bereit:

<http://www.kirchenrecht-ekhn.de/synodals/33753.pdf>

<http://www.kirchenrecht-ekhn.de/synodals/34056.pdf>

Frankfurt, 27. November 2015

Verantwortlich: Pfarrer Volker Rahn, Pressesprecher